

Bochum, 02.06.2024

Positionspapier der Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo e.V.) zur Diskurskultur in Bezug auf den Gazakrieg an unseren Hochschulen und den Umgang mit Protestierenden

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bundesweite Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo e.V.) hat auf ihrer 39. Tagung vom 30.05. – 02.06.2024 in Bochum mit 235 Teilnehmenden aus 55 Fachschaften der deutschsprachigen Hochschulen die folgende Position zur Diskurskultur in Bezug auf den Gazakrieg an unseren Hochschulen und den Umgang mit Protestierenden verabschiedet, die in ähnlicher Form vom Konvent der Fachschaften der LMU München verabschiedet wurde [1]:

Die PsyFaKo ist sich bewusst, dass es außerhalb ihrer fachlichen Kompetenz liegt, in einem einzelnen Statement den Nahostkonflikt in seiner Gesamtheit und hohen Komplexität zu erfassen. Wir sehen es aber als notwendig an, in der aktuellen Situation unsere Solidarität für betroffene Studierende und deren Familien auszusprechen und zu einem konstruktiven Diskurs aufzurufen. In Einvernehmen mit ihrem Selbstverständnis verurteilt die PsyFaKo jegliche Missachtung der humanitären Menschenrechte durch jegliche Parteien aufs Schärfste.

Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass an Hochschulen und in unserer Gesellschaft ein demokratischer, kooperativer und friedlicher Austausch auch über emotional aufgeladene und hochkomplexe Themen möglich sein muss. Sowohl das Vorgehen der Terrororganisation Hamas als auch das der israelischen Regierung und des Militärs dürfen und sollen differenziert kritisiert werden. Als Vertretung der Psychologiestudierenden sind wir überzeugt, dass ein offener und respektvoller Dialog der beste Weg ist, um Verständnis und Toleranz zu fördern und sich wieder als Menschen zu begegnen, nicht nur als Mitglieder verschiedener Gruppen.

Die PsyFaKo kritisiert insbesondere die polemische und polarisierende Sprache, welche insgesamt den Diskurs zu diesem Thema prägt, und eine produktive Diskussionskultur verhindert. Mit größter Besorgnis beobachten wir, dass aktuell die Sprache unter den Studierenden, den Hochschulen und in anderen Teilen der Gesellschaft im Diskurs um den Umgang mit Israel und Palästina sehr durch die emotionalisierende Nutzung von Kampfbegriffen geprägt ist, was einem konstruktiven Diskurs abträglich ist und oft zu unüberwindbaren Barrieren zwischen den verschiedenen Akteur*innen führt. Hierbei werden Begriffe nicht in ihrer definitorischen Bedeutung genutzt, sondern ausschließlich verwendet, um Emotionen beim Gesprächspartner oder Dritten hervorzurufen oder Personen oder Personengruppen zu entmenschlichen und einen Diskurs zu vermeiden.

Als weiteres Problem sehen wir verallgemeinernde Formulierungen, die oft nicht zwischen dem Staat Israel, der israelischen Regierung, dem israelischen Militär und der israelischen

Zivilbevölkerung sowie deren Vielschichtigkeit unterscheiden. Als besonders inakzeptabel sehen wir das Gleichsetzen aller jüdischen Personen mit Israel. Auch besorgt uns, dass Kritik am Vorgehen der Israel Defense Forces (IDF) oder der israelischen Regierung oft mit Unterstützung für die Terrororganisation Hamas oder der Relativierung von Terror gleichgesetzt wird.

Ferner spricht sich die PsyFaKo gegen die inflationäre, undifferenzierte Nutzung des Begriffs „Antisemitismus“ in Bezug auf Äußerungen zum Gazakrieg oder dem Verhalten der israelischen Regierung aus.

Im Zuge des Konflikts in Gaza ist eine deutliche Zunahme antisemitischer Äußerungen sowie insbesondere israelbezogener Antisemitismus zu beobachten [2]. Allerdings beobachten wir auch oft eine pauschale Unterstellung antisemitischer Beweggründe gegenüber Personen, die Kritik am Vorgehen der IDF äußern oder arabische Kulturen oder muslimische Glaubensrichtungen ausleben. So ist zum Beispiel die Unterstellung, dass alle Personen, die ein Kopftuch tragen, Terror unterstützen und gutheißen würden, absolut inakzeptabel. Auch das Tragen einer Kufiya ist nicht automatisch eine antisemitische Meinungsäußerung, auch wenn diese von Personen, die das Existenzrecht Israels nicht anerkennen oder antisemitische Haltungen vertreten, oft instrumentalisiert wird.

Solche Verzerrungen führen dazu, dass sich Studierende, die sich aus kulturellen, religiösen oder ästhetischen, sowie anderen nicht politischen Gründen für das Tragen bestimmter Kleidungsstücke entscheiden, Diskriminierung erfahren. Weiterhin ermöglicht diese Entstellung des Antisemitismusbegriffs, dass Personen, die Antisemitismus propagieren, sich leichter als Opfer statt als Täter*innen darstellen können. Dies fördert die Verbreitung von Antisemitismus in der Gesellschaft.

Die PsyFaKo fordert daher dazu auf, den Vorwurf des Antisemitismus wohlüberlegt und nur nach Prüfung im Einzelfall zu gebrauchen, die Vermutung einer pauschalen feindlichen oder intoleranten Gesinnung insbesondere in Bezug auf Kulturausdrücke (wie das Tragen traditioneller Kleidungsstücke) zu verneinen und zu bedenken, dass situationsbezogene und differenzierte Kritik am Vorgehen von Regierung oder Militär des Staates Israel nicht automatisch antisemitisch ist [3].

Wir verurteilen auch, dass der Konflikt in Gaza und der Diskurs dazu von extremistischen Gruppierungen instrumentalisiert wird, um rassistische oder religiös diskriminierende Narrative voranzutreiben.

Die PsyFaKo unterstützt grundsätzlich Proteste und Diskursangebote von Studierenden, insbesondere auch Diejenigen, die sich für einen Frieden in Gaza einsetzen, ohne extremistische und antisemitische Positionen zu vertreten. Allerdings kritisieren wir spezifisch im Kontext der aktuellen Proteste gegen das Vorgehen der israelischen Armee in Gaza, dass Studierendenproteste teilweise von antisemitischen Organisationen unterwandert oder sogar

übernommen werden. Diese missbrauchen den Vorwand, für Frieden einzustehen, um zu Gewalt und zur Auflösung des Staates Israel aufzurufen oder diese Haltung zu unterstützen.

Wir rufen die Studierendenschaft dazu auf, für ihre Überzeugungen konstruktiv einzustehen, ohne sich von extremistischen Gruppen vereinnahmen zu lassen.

Wir fordern von Seiten der Hochschulen, Landesregierungen und der Bundesregierung, sich gegen Spaltung und Vereinfachungen einzusetzen und stattdessen eine differenzierte, konstruktive Diskurs- und Protestkultur zu fördern und auf diese einzugehen.

In jedem Fall fordert die PsyFaKo von Organen der Staatsgewalt einen zurückhaltenden, konstruktiven, differenzierten und möglichst friedlichen Umgang mit Studierendenprotesten.

Dabei verurteilen wir besonders die beobachtete, teils willkürliche, Polizeigewalt während jüngster Studierendenproteste.

Wir verurteilen nachdrücklich die Personen, die durch ihre Rhetorik dazu beitragen, dass die Spannung innerhalb der Hochschulgemeinschaften gefördert wird.

Für weitere Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

gez. Konferenzrat der Psychologie-Fachschaften-Konferenz

Anna Kira Bauer
Universität Bonn

Kira Buschkämper
Universität Bochum

Linnea Schraut
Universität Göttingen

Luisa Baumgärtner
Universität Leipzig

Martin Wiehr
Universität München

Michelle Witschel
Universität Hildesheim

[1] https://www.stuve.uni-muenchen.de/aktuelles/2024/stellungnahme_gaza/index.html

[2] <https://dserver.bundestag.de/btd/20/112/2011283.pdf>

[3] <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>